

Satzung über die Erhebung einer Abgabe zur Abwaltung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen des Abwasserzweckverbandes „Schopsaue“

vom 30.11.2004

Aufgrund des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SachsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SachsGVBl. S. 55, 159), in Verbindung mit § 2 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SachsKAG) in der Neufassung vom 26. August 2004 (SachsGVBl. S. 418) und § 6 des Abwasserabgabengesetzes des Freistaates Sachsen (SAbwaG) vom 19. Juni 1991 (SachsGVBl. S. 156), geändert durch das Gesetz vom 23. Juli 1998 (SachsGVBl. S. 373) und durch das Gesetz zur Erleichterung des Wiederaufbaues und zur Verbesserung des Hochwasserschutzes vom 14.11.2002 (SachsGVBl. S. 307) i. V. mit der Novelle des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (SachsAbwaG) vom 19.03.2004 (Artikel 42 des Sächsischen Verwaltungsmodernisierungsgesetzes (SachsVwModG) vom 05.05.2004 (SachsGVBl. S. 148) hat die Verbandsversammlung in der Sitzung am 30.11.2004 folgende Satzung beschlossen.

§ 1

Allgemeines

(1) Kleineinleitungen im Sinne dieser Satzung sind Einleitungen von Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliches Schmutzwasser in ein Oberflächengewässer oder in den Boden, die im Jahresdurchschnitt weniger als 8 Kubikmeter je Tag betragen.

(2) Gemäß § 6 Abs. 1 SAbwaG sind die Gemeinden anstelle von Kleineinleitern abgabepflichtig. Die Gemeinden wiederum können die Abgabepflicht auf einen Zweckverband übertragen.

(3) Körperschaften, die nach Absatz 2 an Stelle von Einleitern abgabepflichtig sind, können gemäß § 6 Abs. 3 SAbwaG zur Deckung der ihnen entstehenden Aufwendungen eine Abgabe erheben.

§ 2

Gegenstand der Abgabe

(1) Zur Deckung des Aufwandes aus der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen gemäß § 1 Abs. 1 erhebt der Abwasserzweckverband „Schopsaue“ Rietschen eine Abgabe.

(2) Schmutzwasser aus Kleineinleitungen, Schmutzwasser aus Haushalten und ähnliche

Schmutzwassereinleitungen bleiben abgabefrei, wenn

1. das Schmutzwasser nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik behandelt wird und
 2. der Schlamm einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder nach Abfallrecht entsorgt wird.
- (3) Von einer ordnungsgemäßen Entsorgung der Kleinkläranlagen wird ausgegangen, wenn die jährliche Entsorgungsmenge mindestens 0,5 m³ pro Einwohner beträgt, bei abflusslosen Gruben beträgt der Minimalwert der Entsorgungsmenge 25 m³ pro Einwohner.
- (4) Schmutzwasser, welches anderweitig rechtmäßig einer öffentlichen Abwasseranlage zugeführt oder rechtmäßig auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden (im angemeldeten Haupt- oder Nebenerwerb, der wesentlich zum Familieneinkommen beiträgt) aufgebracht wird, ist keine Einleitung im Sinne der Satzung.

§ 3

Abgabenmastab und Abgabensatz

(1) Die Abgabe wird nach der Zahl der auf dem Grundstück wohnenden Einwohner für Schmutzwasser aus Haushaltungen berechnet. Dient das Grundstück nicht oder nicht nur zu Wohnzwecken, wird die Abgabe nach der im Jahresdurchschnitt eingeleiteten Menge des Schmutzwassers berechnet.

(2) Der Verwaltungsaufwand gemäß § 6 Abs. 3 SAbwaG in Verbindung mit dem Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen (SachsVwKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. September 2003 (SachsGVBl. S. 698) wird gesondert erhoben.

Der anzusetzende Verwaltungsaufwand darf zusammen mit der nach § 2 Abs. 1 zu entrichtenden Abwasserabgabe die höchstzulässige Abwasserabgabe nicht überschreiten. Die höchstzulässige Abwasserabgabe wird wie folgt berechnet:

Zahl der nicht an die Kanalisation angeschlossenen Einwohner x 0,5 x Abgabensatz = höchstzulässige Abwasserabgabe.

Die Höhe des abzuwalzenden Verwaltungsaufwandes wird im Haushaltsplan (Verwaltungshaushalt) für das jeweilige Haushaltsjahr veranschlagt.

- a) Die Abgabe nach § 3 Abs. 1 Satz 1 je Einwohner und Jahr wird nach folgender Formel errechnet:

$$(A - E) \times 0,5 = Y$$

$$Y \times B = C$$

$$\frac{C}{A - E} + V_{\text{Anteil}} = C_{\text{pro Person}}$$

b) Die Abgabe nach § 3 Abs. 1 Satz 2, Grundstück dient nicht nur zu Wohnzwecken, wird wie folgt berechnet:

$$\frac{M}{40} \times 0,5 = Y^*$$

$$Y^* \times B + V_{\text{Anteil}} = C_{\text{pro Grundstück}}$$

Dabei bedeuten:

A = Zahl der nicht an die Kanalisation angeschlossenene Einwohner

E = Zahl der Einwohner, deren Abwasser gemäß den anerkannten Regeln der Technik behandelt wird

(A - E) = Zahl der Personen im Verbandsgebiet, die tatsächlich zur Berechnung der Abgabe herangezogen werden

Y = Anzahl der Schadeinheiten (Grundstück dient zu Wohnzwecken)

Y* = Anzahl der Schadeinheiten (Grundstück dient nicht oder nicht nur zu Wohnzwecken)

B = gesetzlicher Abgabensatz pro Schadeinheit

Faktor 0,5 = gemäß § 8 Abwasserabgabengesetz wird die Zahl der Schadeinheiten aus Haushalten um 50 Prozent ermäßigt

40 nach Pkt. 6.2 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung zur Erhebung der Abwasserabgabe, sind für die Berechnung der Schadeinheiten für die Einleitungen, die nicht aus Haushalten erfolgen, je 40 m³ Schmutzwasser im Jahr = 0,5 Schadeinheiten festzulegen.

C = Umlagemasse

C_{pro Person} = Abgabe pro Person

C_{pro Grundstück} = Abgabe pro Grundstück

M = Menge des jährlich eingeleiteten Abwassers

V_{Anteil} = Anteil des Verwaltungsaufwandes

$$= \frac{\text{Verwaltungsaufwand/gesamt}}{(A - E) + \text{Anzahl der Grundstücke gemäß b)}$$

(3) a) Der Abgabensatz für eine Schadeinheit beträgt 35,79 EUR.

b) Der Verwaltungsaufwand je abgabepflichtigen Einwohner sowie je abgabepflichtigen Grundstück wird im Jahr der Erhebung festgesetzt und in der Anlage 1 dieser Satzung ausgewiesen.

§ 4

Entstehung und Beendigung der Abgabepflicht

(1) Die Abgabepflicht entsteht jeweils zu Beginn eines Kalenderjahres. Frühestens jedoch mit Beginn des 2. Quartals des auf die Einleitung folgenden Jahres.

(2) Die Abgabepflicht endet mit Ablauf des Quartals, in dem die Einleitung entfällt und dies dem Abwasserzweckverband „Schöpsau“ Rietschen schriftlich mitgeteilt wird. Gleiches gilt in den Fällen, in denen ein Anschluss des Grundstückes an das zentrale Abwassersystem erfolgt und/oder das Grundstück nicht mehr zu Wohnzwecken oder zu Zwecken der gewerblichen Beschäftigung genutzt wird.

(3) Der abgabepflichtige Erhebungszeitraum beginnt mit dem 01. Januar 2005.

§ 5

Abgabepflichtige

(1) Abgabepflichtig ist, wer Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter eines Grundstückes ist, wenn der Eigentümer das Grundstück nicht selbst nutzt.

Fällt das Eigentum am Grundstück und das an der Bebauung des Grundstückes liegende Eigentum auseinander, ist Satz 1 sinngemäß auf die Nutzungsverhältnisse der Bebauung anzuwenden.

(2) Bei Mehrheit von Abgabepflichtigen haftet jeder als Gesamtschuldner.

§ 6 Heranziehung

Die Erhebung der Abgabe erfolgt durch schriftlichen Bescheid nach Vorliegen des entsprechenden Festsetzungsbescheides durch das Regierungspräsidium Dresden.

§ 7 Pflichten des Abgabepflichtigen

Der Abgabepflichtige hat für die Prüfung und Berechnung der Abgabeanspruche die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und nötigenfalls nach § 63 Abs. 5 S. 3 Sächsisches Wassergesetz (SachsWG - Rechtsbereinigt mit Stand vom 01.10.2004) Zutritt zum Grundstück zu gewähren.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt beziehungsweise falsche Auskünfte erteilt oder den nötigen Zutritt zum Grundstück gemäß § 7 dieser Satzung nicht gewährt.

(2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu maximal 2.500,00 EUR geahndet werden.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 16.12.2004 in Kraft.



Rietschen, den 13.11.2013

Ralf Brehmer
Verbandsvorsitzender
Abwasserzweckverband „Schopsaue“

Hinweis nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen (SachsGemO)

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SachsGemO beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Dies gilt nicht wenn

1. die Ausfertigung dieser Satzungen nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SachsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehore den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Die Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.